

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

12.04.2024

Niederschrift

über die 69. Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 11.04.2024

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:36 Uhr

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und des Stellvertreters:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anwesenheit der Verwaltung

Herr **Bachmann**, Beauftragter Beteiligungsmanagement
Frau **Bliemeister**, Abteilungsleiterin Personalservice
Frau **Brückner**, Sachbearbeiterin Personal
Herr **Bühning**, Abteilungsleiter Brandschutz und Rettungsdienst
Herr **Grömke**, Sachgebietsleiter Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Frau **Hänsch**, Sachbearbeiterin Büro der Stadtvertretung
Frau **Kapler**, Leiterin Büro der Stadtvertretung
Frau **Kriegler**, Abteilungsleiterin Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen,
Frau **Kunze**, Abteilungsleiterin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Frau **Kutzik**, Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr **Meyer zu Schlochtern**, Leiter Fachbereich Schule, Kultur, Sport und Recht
Herr **Murawski**, Leiter Büro OB
Frau **Piotrowski**, Leiterin Finanzservice
Frau **Rathsack**, Abteilungsleiterin Recht und Vergaben
Herr **Renner**, Leiter Fachbereich Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau **Witt**, Protokollantin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr **Witt** eröffnet die 69. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr **Witt** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang am 03.04.2024).

Es sind 13 von 13 Hauptausschussmitgliedern anwesend, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 **Beschluss über die Niederschrift der 68. Sitzung des Hauptausschusses am 14.03.2024**

Ratsfrau **Dr. Kuhk** erkundigt sich nach der schriftlichen Beantwortung ihrer Frage aus der 68. Sitzung zu den Verträgen für die Winterliegeplätze für die Boote. Herr **Witt** sagt eine Antwort in spätestens 14 Tagen zu.

TOP 4 **Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)**

Ratsherr **Bromberger** bezieht sich auf den Wechsel der Verwaltung der Ehrenamtskarte vom Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro Neubrandenburg e. V. in der Poststraße zur Bürgerstiftung und fragt nach dem aktuellen Sachstand. Werde schon alles voll umgesetzt oder gibt es da noch Fragen, Probleme – auch in Bezug auf den Verfahrensweg – z. B. für Ehrenamtliche, die sich bei der Bürgerstiftung melden möchten?

Weiterhin erfragt er den Stand der Grundstückverhandlungen mit der Hochschule bezüglich der Grundschule West.

Er informiert, dass seine Fraktion eine Beschlussvorlage eingebracht hat und bittet um Ansprache bei Fragen oder Problemen.

Herr **Witt** sagt bezüglich der Ehrenamtskarte Informationen im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport zu.

Zur Frage nach der Abstimmung mit der Hochschule führt er aus, dass es ein Treffen mit Teilnahme des Wissenschaftsministeriums, der Hochschule und der Stadtverwaltung gegeben hat. Die Hochschule selbst hat 3 Vorschläge unterbreitet, die jetzt verwaltungsintern geprüft werden. Mindestens einer davon werde für realistisch umsetzbar gehalten.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** hat zwei Fragen. Eine bezieht sich auf den Beschluss zur Nutzung von erneuerbaren Energien auf städtischen Gebäuden und Flächen der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg. Laut Beschluss sollte bis zum 31.03.2024 eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungsanalyse für ein Referenzobjekt in der Ziegelbergstraße erfolgen. Er fragt, ob diese Wirtschaftlichkeitsbetrachtungsanalyse erstellt worden ist und in einem Ausschuss, z. B. im Ausschuss Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit, vorgestellt wird.

Seine zweite Frage betrifft die auf die Fahrbahn aufgetragenen weißen gestrichelten so genannten Sicherheitsstreifen. Er habe schon mehrfach angesprochen, dass diese keineswegs die Sicherheit erhöhen, sondern eher das Gegenteil bewirken. Er bittet um Bearbeitung dieses Problems und um Klärung, wann und wie kontrolliert wird, dass diese Streifen nicht befahren und Sicherheitsabstände eingehalten werden. Es müsse eine vernünftige und sichere Radwegsituation geschaffen werden. Weiterhin schlägt er vor dafür zu sorgen, dass durch intensiven Kontrolldruck und Sanktionierung ein Lernprozess eintritt. Die Polizei teile seine Auffassung, dass es keine Sicherheit durch diese Streifen gebe. Diese seien zudem viel zu schmal und entsprächen deshalb nicht den Anforderungen der Unfallversicherungen der Kommunen.

Herr **Modemann** antwortet auf die erste Frage, dass von den Stadtwerken ein Angebot erwartet wird. Über das Ergebnis werde dann im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit informiert.

Zur zweiten Frage stimmt er dem Austausch zwischen Stadt und Polizei zur Lösung des Problems zu. Der Start einer medialen Aufklärungskampagne könne zudem hilfreich sein.

Herr **Witt** bekräftigt die Notwendigkeit der Absprache von Kontrollen mit der Polizei. Über Öffentlichkeitsarbeit müsse deutlich gemacht werden, wozu die Fahrbahn mit diesem Streifen markiert wurde.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** bittet darum, das Benehmen für eine Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit am 22.04.2024 um 17 Uhr herzustellen, was durch Herrn **Witt** bestätigt wird.

Weiterhin fragt sie, ob eine übergangsweise Nutzung der Beratungsräume 082 und 084 im Rathaus für Ausschusssitzungen der Fachausschüsse, des Hauptausschusses oder Fraktionssitzungen möglich ist. Herr **Witt** antwortet, dass im 2. Bauabschnitt Leitungen in einzelnen Abschnitten vom Netz genommen werden müssen. Es könne nicht präzise gesagt werden, wann diese Abschaltungen erfolgen müssen und wie lange die Beratungsräume noch zu nutzen sind. Deswegen werden sie nicht mehr zur Vermietung gestellt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** thematisiert, dass die Drucksache zur Anmietung der Grundschule Datzberg in der Beratungsfolge der Ausschüsse vor der nächsten Stadtvertretung nur für den Betriebsausschuss, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport vorgesehen ist. Sie kritisiert, dass damit das Prozedere, dass der Hauptausschuss in die Fachausschüsse und die Stadtvertretung verweist, durchbrochen wurde. Herr **Witt** erweitert die Beratungsfolge der Vorlage um den Hauptausschuss am 25.04.2024.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es keine Änderung. Herr **Witt** schlägt vor, die Vorlagen BV/VII/0784 und BV/VII/0785 (TOP 11 und TOP 12) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 7 Abberufung sowie Entsendung eines Mitglieds seitens der Gesellschafterin Informations- und Kommunikationstechnologien Ost AöR (IKT-Ost) in den Aufsichtsrat der neu-itec GmbH
Vorlage: BV/VII/0779

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 8 Annahme einer Spende von Christa Jeitner - Sachzuwendung in Form eines Kunstwerkes "Waldbaulager I, Die schmutzigsten Hände" für den Bestand der Kunstsammlung
Vorlage: BV/VII/0790

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 9 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters vom 21.03.2024 – Aufnahme eines Kredites
Vorlage: INF/VII/0250

Ratsherr **Schnell** fragt, ob es sich laut Titel nicht um eine Beschlussvorlage, anstatt einer Informationsvorlage handeln müsse. Eine Informationsvorlage könne nachträglich nicht mehr genehmigt werden.

Frau **Piotrowski** erläutert, dass der Vertrag bereits geschlossen sei. Die Dringlichkeitsentscheidung erfolge im Vorgriff auf die Entscheidung der Stadtvertretung.

Herr **Schwabe** führt aus, dass es zu diesem Thema einen Beschluss der Stadtvertretung gebe. Hintergrund sei die mitunter nur wenige Stunden betragende Bindungsfrist von Banken an ausgegebene Kreditangebote. Eine Einbeziehung, Genehmigung und Bestätigung mit regulärem Gremiendurchlauf sei in der Regel nicht möglich.

Herr **Witt** sagt zu, diese Informationsvorlagen in Zukunft mit „Information zu einer Dringlichkeitsentscheidung...“ zu betiteln.

Die Vorlage wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 53 "Nahversorgungszentrum Kaufhof-Süd"
hier: Einleitungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0783

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Bromberger** führt Herr **Renner** aus, dass ein Antrag der Firma Newtown Bauträger GmbH auf Einleitung eines Verfahrens zur Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens vorliegt, um Baurecht für die Errichtung eines Nahversorgungszentrums zu schaffen. Zielstellung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg sei es, das Nahversorgungszentrum Kaufhof Süd so zu ertüchtigen, dass es langfristig Bestand hat und konkurrenzfähig ist. Dazu müsse ein so genannter Ankermieter dort verortet werden. Es müsse hier ein neuer Markt errichtet werden der eine größere Verkaufsfläche hat und ein größeres Sortiment anbieten kann. Das Thema sei nicht neu und auch Bestandteil des Einzelhandelskonzeptes. Die Stadtvertretung habe dazu bereits einen Beschluss zur Anhandgabe umliegender kommunaler Flächen gefasst. Der Vorhabenträger habe mit den umliegenden privaten Grundstückseigentümern verhandelt und habe jetzt Zugriff auf die benötigten Grundstücksflächen. In Verbindung mit den kommunalen Grundstücksflächen könne das Zentrum an geplanter Stelle errichtet werden.

Ratsfrau **Muth** fragt nach, ob die Stadtvertretung in der Vergangenheit zugestimmt habe, eine Zufahrt von der Neustrelitzer Straße zu realisieren oder ob das jetzt Bedingung sei. Herr **Renner** antwortet, dass die Stadtvertretung nur einen Beschluss zur Anhandgabe von Grundstücken gefasst habe. Im Rahmen des Planverfahrens müsse geklärt werden, ob die Erschließung von der Neustrelitzer Straße aus sichergestellt werde oder rückwärtig über die Geschwister-Scholl-Straße oder die Edgar-André-Straße erfolgen soll. Der verständliche Wunsch des Vorhabenträgers sei eine Erschließung von der Neustrelitzer Straße aus. Für die vorliegende Beschlussvorlage soll keine Zustimmung zur Art und Weise der Erschließung gegeben werden.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** führt aus, dass in der Begründung Planungsziele formuliert sind, die seine Fraktion teile. Er fragt, ob diese nicht weiter oben bei den Zielen platziert werden müssten, wenn es Planungsziele gibt, die sich auf Vorgaben oder Ideen zum Klimaschutz beziehen. Er möchte wissen, ob die Begründung auch verbindlichen, zielführenden Charakter hat.

Herr **Renner** antwortet, dass die Planungsziele beschlossen werden müssen. Alles was nicht als Planungsziel formuliert ist, sei auch kein Planungsziel im rechtlichen Sinne. Was in der Begründung stehe, sei erläuternd. Sofern etwas anders oder zusätzlich gewünscht wird, müsse es formuliert und in den Planungszielen ergänzt werden. Die Planungsziele seien für die Formulierung der inhaltlichen Ausrichtung der Planung. Wenn ein Vorhaben den Planungszielen, die die Stadtvertretung formuliert, entgegensteht, kann dieses zurückgestellt werden. Derzeit sei nur die Errichtung eines Lebensmittelmarktes in der Größenordnung von 1.800 m² definiert.

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 11 und 12 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 11 Bebauungsplan Nr. 74.3 "Alte Brauerei", 1. Änderung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0784**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 12 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg,
Teilfläche "Demminer Straße/Alte Brauerei"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0785**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 13 Bebauungsplan Nr. 132 "Bootsschuppen am Oberbach"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0786**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 14 Digitales Innovationszentrum Vergabe Planungsleistungen am Standort
Lokschuppenareal
Vorlage: BV/VII/0788**

Ratsherr **Bromberger** bezieht sich auf die Fragen zum Digitalen Innovationszentrum, die Ratsherr Gille in der letzten Stadtvertreteritzung gestellt hat und fragt, ob sich diese auf die vorliegende Beschlussvorlage auswirken.

Frau **Kriegler** antwortet, dass das nicht der Fall sei und die Nachfragen sich auf vergangene Kostenschätzungen und Berechnungen beziehen, die die Stadtverwaltung im Vorfeld getätigt habe. Die Antworten werden aktuell erarbeitet.

Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 15 Satzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg über die Veränderungssperre
Nr. 25 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 81 "Am Behördenzentrum"
Vorlage: BV/VII/0791**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 16 Jahresbericht 2023 der Berufsfeuerwehr der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: INF/VII/0248**

Die Vorlage wird mit 13 Dafürstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

**TOP 17 Benennung eines Weges in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0781 – 1 Änderungsblatt**

Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 2 Gegenstimmen in die Beratungsfolge verwiesen.

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez. Silvio Witt
Oberbürgermeister
Ausschussvorsitzender

gez. Heike Witt
Protokollantin